

Pressespiegel vom 25.02.2011

Sächsische Zeitung

„Diese angebliche Beleidigung ist eine Erfindung“

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) verteidigt seine umstrittene Kritik am Polizeieinsatz vom 19. Februar in Dresden.

Herr Thierse, warum haben Sie sächsische Polizisten beleidigt?

Ich habe keine sächsischen Polizisten beleidigt. Das ist eine Erfindung der Dresdner Bild-Zeitung. Ich habe nur eine kritische Meinung zum Polizeieinsatz am 19. Februar geäußert.

Sie haben immerhin behauptet, die Polizei sei in Dresden vollauf damit beschäftigt gewesen, Neonazis zu beschützen. Das hat Ihnen die Anzeige eines Polizeibeamten eingebracht.

Ich habe in Dresden erlebt, dass eine DGB-Mahnwache vor dem Volkshaus, also weit weg von jeder möglichen Konfrontation, verboten wurde. Ich habe eine leere Innenstadt erlebt, weil möglichen Gegendemonstranten der Zugang weiträumig verwehrt wurde. Vor diesem Hintergrund habe ich am Vormittag den mich befremdenden Eindruck formuliert, dass Stadt und Polizei das Demonstrationsrecht der Neonazis schützen und dabei das Demonstrationsrecht der Demokraten einschränken. Ich halte das nach wie vor für problematisch. Meine Äußerung wurde dann am Abend im Fernsehen in einen Zusammenhang mit den erst viel später stattfindenden gewaltsamen Auseinandersetzungen gebracht und von der Bild-Zeitung vollends aus dem Zusammenhang gerissen, um einen Beleidigungsvorwurf zu ermöglichen. Ich habe aber keine Kritik am Polizeieinsatz gegen gewaltsame Protestanten geübt, sondern an einer Einseitigkeit beim Schutz des Demonstrationsrechtes.

Sie bezeichneten das als „sächsische Demokratie“. Was meinten Sie damit genau?

Das war eine ironische Bemerkung. Sie bezieht sich darauf, dass mit aller Kraft und pflichtgemäß das Demonstrationsrecht der Neonazis geschützt wird, aber zugleich unübersehbar das Demonstrationsrecht der Demokraten eingeschränkt wird. Aber zum Demonstrationsrecht der Demokraten gehört, dass sie in Sicht- und Hörweite der Neonazis demonstrieren können müssen. Jedenfalls ist das die Rechtssprechung außerhalb Sachsens.

Der Dresdner Verwaltungsrichter Robert Bendner sagte gestern in der SZ, Aufgabe des Rechtsstaates sei auch, das Recht auf freie Äußerung ungeliebter Minderheitsmeinungen zu ermöglichen.

Es handelt sich leider nicht nur um „ungeliebte“, sondern um antidemokratische und

antirechtsstaatliche Minderheitsmeinungen. Im Übrigen: Der Konflikt ist dauerhaft nur dadurch zu lösen, dass wir endlich ein NPD-Verbot erreichen, wie das meine Partei seit Langem fordert und an CDU/CSU scheitert.

Kein Polizist kann aber etwas dafür, dass dies nicht geklappt hat und er in Einsätze geschickt wird.

Ausdrücklich: Ich mache den Beamten keine Vorwürfe, schon gar nicht dem einzelnen Polizisten.

Was empfindet dann ein Sozialdemokrat wie Sie, wenn er vom Chef der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, als „Schande für das deutsche Parlament“ beschimpft wird?

Interessant ist, dass Herr Wendt mich ausgerechnet über das Rechtsaußenblatt Junge Freiheit zum Rücktritt auffordert. Das sagt schon etwas über die politische Gesinnung des Herrn Wendt aus.

Auch Sachsens CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer will Ihren Rücktritt.

Ich nehme mit Interesse zur Kenntnis, dass der Generalsekretär der sächsischen CDU mich wegen einer kritischen Meinung zu einem Polizeieinsatz zum Rücktritt auffordert und zugleich der Überzeugung ist, dass ein durch Diebstahl geistigen Eigentums ertrickster Dokortitel nicht zu einem Rücktritt führen darf. Das sind eben die christdemokratischen Maßstäbe des Herrn Kretschmer.

Warum reden Sie eigentlich nicht über linksextreme Krawallmacher, die Barrikaden in Brand gesetzt und Autos demoliert haben?

Von denen distanzieren ich mich ausdrücklich und ganz entschieden. Jeder Protest, jede Meinungskundgebung in einer Demokratie muss von entschlossener Friedfertigkeit gekennzeichnet sein. Genau deshalb war ich vor Ort, um die Mahnwachen des DGB und der Kirchen zu besuchen.

Gespräch: Peter Heimann

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Diese_angebliche_Beleidigung_ist_eine_Erfindung/articleid-2696783

Grüne fordern den Umbau der Gedenkstätte auf dem Heidefriedhof

Von Thilo Alexe

Den Umgang mit dem 13. Februar empfindet die Partei als problematisch. Sie verlangt, dass sich Dresden mit der Geschichte auseinandersetzt.

Mit Blick auf die Kranzniederlegungen am 13. Februar machen sich die Dresdner Grünen für die Umgestaltung des Heidefriedhofs stark. Auf einer

Mitgliederversammlung beschlossen sie am späten Mittwochabend, die Stadtverwaltung zu einem solchen Schritt aufzufordern. Besonderes Augenmerk richtet die Partei dabei auf das Rondell.

Die Teilnehmer des Traueraktes, die jährlich im Februar der Toten und der Zerstörung gedenken, laufen durch das mit 14 Säulen versehene Rund aus den 60er-Jahren. Dort wird Dresden in eine Reihe mit Auschwitz und Buchenwald gesellt.

Die Grünen warnen daher vor der „Gleichsetzung deutscher Verbrechen mit dem Bombenangriff auf Dresden“. Die „Verbrechen des Vernichtungskrieges und des Völkermordes werden somit relativiert“, heißt es weiter. „Eine Umgestaltung der baulichen Anlage des Heidefriedhofs ist daher notwendig.“ Bislang nehmen auch zahlreiche Rechtsextremisten an der Kranzniederlegung teil.

Die Grünen fordern ferner eine offensivere Auseinandersetzung der Stadt mit ihrer Geschichte. So sei der „Mythos Dresden“ von einer Kulturstadt, in der der Nationalsozialismus kaum eine Rolle gespielt habe, noch verbreitet. Jahrestage wie der 16. Februar 1945, an dem die letzten Juden deportiert werden sollten, seien zu wenig bekannt. „Die Stadt muss sich kritisch und kontinuierlich mit ihrer Gedenkkultur auseinandersetzen.“

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2697500>

Soko Rex ermittelt zu Neonazi-Angriff

Nach der Attacke auf das linke "Wohnprojekt" Praxis in Dresden-Löbtau ermittelt jetzt das LKA.

Dresden. Das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen hat die Ermittlungen zum Angriff von Rechtsextremisten auf das alternative Wohnprojekt "Praxis" im Dresdner Stadtteil Löbtau am 19. Februar übernommen. Es gehe um den Verdacht des Landfriedensbruchs im besonders schweren Fall, teilten LKA und Staatsanwaltschaft Dresden am Freitag mit.

Die Sonderkommission Rechtsextremismus suche Zeugen der Ereignisse. Am Rande der Demonstrationen gegen drei Neonazi-Aufmärsche hatten etwa 200 Frauen und Männer aus der rechtsextremistischen Szene das Gebäude mit teils aus den Gehwegen herausgebrochenen Steinen beschossen, hieß es. Fenster wurden mit Schaufeln eingeschlagen. (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Soko_Rex_ermittelt_zu_Neonazi-Angriff/articleid-2697763

Dresdner Neueste Nachrichten

Soko Rex übernimmt Ermittlungen zu Nazi-Angriff auf linkes Wohnprojekt in Löbtau

s/

Dresden. Nach dem Angriff von mehreren hundert Rechtsextremen am 19. Februar auf das linke Wohnprojekt „Praxis“ in der Löbtauer Columbusstraße hat nun die Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) des Landeskriminalamtes die Ermittlungen übernommen. Das teilte das LKA am Freitag mit.

Etwa 200 gewaltbereite Rechtsradikale hatten an dem Tag gegen 14 Uhr das Mehrfamilienhaus mit Steinen, Stöcken und sogar Schneeschiebern angegriffen und Scheiben und Türen eingeschlagen. Laut Anwohnern hätten die Nazis auch versucht, das Gebäude zu stürmen und Reizgas eingesetzt. "Ich dachte, ich muss sterben", berichtete einer der Bewohner gegenüber den DNN.

Die Soko Rex ermittelt wegen Verdacht auf Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall und sucht nach Zeugen für die Ausschreitungen. Auch Angaben zur Marschstrecke der Täter seien von Bedeutung. Hinweise nimmt das LKA unter der Telefonnummer (0800) 67 38 152 entgegen.

Für Aufsehen hatte der Vorfall vor allem deshalb gesorgt, weil seit Wochenbeginn ein Amateurvideo im Internet kursiert, in dem der Angriff dokumentiert wird. Vorwürfe, wonach aber zunächst die Hausbewohner mit Dachziegeln und Glas auf die Rechtsradikalen geworfen hätten, werden von den Anwohnern zurückgewiesen. Auf dem Video ist erkennbar, dass sich die Bewohner zumindest wehrten, indem sie mit Glas nach dem unten Stehenden warfen.

Das Video zeigt zudem, dass in Sichtweite zum Tatort mindestens zwei Polizeifahrzeuge standen, die nicht eingriffen. Auf den Vorfall angesprochen, hatte Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitzsch am Tag danach zunächst keine Angaben machen können. Am Montag teilte die Polizei mit, dass „einzelne Kräfte der Verkehrsregelung“ umgehend dafür gesorgt hätten, dass keine Unbeteiligten in die Auseinandersetzungen geraten können. Zugleich wurden für den Einsatz entsprechende Beamte nach Löbtau entsandt, die aber erst eintrafen, nachdem die Täter bereits in Richtung Innenstadt geflüchtet waren.

© DNN-Online, 25.02.2011, 13:50 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/soko-rex-uebernimmt-ermittlungen-zu-nazi-angriff-auf-linkes-wohnprojekt-in-loebtau/r-19-februar-a-21582.html>
